

**Öffentliche Niederschrift über die  
6. Sitzung des Kreistages (11. Wahlzeit) des Landkreises Trier-Saarburg  
am 16.03.2020 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier.**

Beginn: **17:09** Uhr

Ende: **18:41** Uhr

**Anwesenheit**

Vorsitz

Herr Landrat Günther Schartz

Mitglieder

Herr Gerd Benz Müller

Herr Dirk Bootz

Herr Boris Bulitta

Herr Matthias Daleiden

Herr Markus Franzen

Frau Heike Gleißner

Herr Hartmut Heck

Herr Bernhard Henter

Frau Iris Hess

Herr Michael Holstein

Herr Safak Karacam

Herr Christian Kiefer

Herr Dieter Klever

Herr Markus Lehnen

Frau Dr. Kathrin Meß

Herr Stefan Metzdorf

Herr Paul Neumann

Herr Claus Piedmont

Herr Bruno Porten

Herr Kaspar Portz

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis

Herr Lars Rieger

Herr Alfons Peter Rodens

Herr Lothar Rommelfanger

Herr Uwe Roßmann

Frau Marianne Rummel

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

Frau Kathrin Schlöder

Herr Achim Schmitt

Frau Kreisbeigeordnete Simone Thiel

Herr Joachim Trösch

Frau Edith van Eijck

Frau Lena Weber

Frau Elke Winnikes

Herr Alfred Wirtz

Frau Stephanie Zehren

ab 17:16 Uhr (GeschO)

Verwaltung

Herr Andreas Beiling

Herr Joachim Christmann

Herr Christoph Fuchs

Frau Christine Inglen

Herr Dr. Harald Michels

Herr Andreas Müller

Herr Thomas Müller

Herr Rolf Rauland

Herr Norbert Rösler

Frau Hannah Schmitz

Herr Stephan Schmitz-Wenzel

Abteilungsleiter Abteilung 7 - Jugendamt

Leiter des Geschäftsbereichs II

Büroleiter

Abteilung 2 - Sitzungsdienst

Leiter des Gesundheitsamtes

Abteilung 2 - EDV

Presse

Leiter des Geschäftsbereichs I

Abteilungsleiter Abteilung 11 - Kreisentwicklung, Bauen und Umwelt (TOP 7, 8)

Presse

Leiter des Geschäftsbereichs III

**nicht anwesend:**

Mitglieder

Herr Jens Ahnemüller

Herr Wolfgang Benter

Herr Jürgen Dixius

Frau Christiane Junk-Kornbrust

Herr Sascha Kohlmann

Frau Alexandra Lehnen

Frau Stephanie Nickels

Herr Paul Port

Herr Erster Kreisbeigeordneter Arnold Schmitt

Frau Christine Schmitt

Herr Andreas Steier

Herr Markus Thul

Herr Joachim Weber

Frau Martina Wehrheim

entschuldigt

## Zur Geschäftsordnung

Landrat **Schartz** eröffnet die Sitzung des Kreistages und begrüßt die Mitglieder des Kreistages, die Gäste sowie die Mitarbeiter der Verwaltung.

Er verkündet, dass aufgrund der aktuellen Corona-Krise die Kreisgremien nach der heutigen Sitzung des Kreistages vorübergehend nicht tagen werden, bis es die Lage wieder zulasse.

Der **Landrat** stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages zur heutigen Sitzung fest.

Die zur Unterzeichnung bestimmten Kreistagsmitglieder, Herr Markus Franzen (CDU) als Stellvertreter für Frau Alexandra Lehnen (CDU) sowie Herr Uwe Roßmann (SPD) sind anwesend.

Einwendung gegen Form und Frist der Einladung gibt es nicht.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) bittet aus organisatorischen Gründen die Nachträge zur Tagesordnung zu Gremiensitzungen im Ratsinformationssystem an den Anfang der Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil aufzunehmen, bis ein entsprechender Beschluss zur Aufnahme auf die Tagesordnung gefasst wurde. Die **Verwaltung** sagt zu, diese Anregung künftig zu berücksichtigen.

Auf Nachfrage der Fraktionsvorsitzenden **Sahler-Fesel** (SPD) bezüglich der Öffentlichkeit der Sitzung, erklärt der **Landrat**, dass die Öffentlichkeit während der Dauer der heutigen Kreistagssitzung Zugang zum Kreistag habe. Lediglich die Öffnungszeiten der Kreisverwaltungen für die Bürgerinnen und Bürger für Amtserledigungen seien aufgrund der besonderen Situation derzeit zeitlich eingeschränkt.

Zu Beginn des nichtöffentlichen Teils der Sitzung teilt der **Landrat** mit, dass es einen Antrag zur Tagesordnung gebe. Es handle sich hierbei um den von der Die Linke-Fraktion eingereichten Antrag „Einladung des Beauftragten für Corona-Virus-Krisenmanagement des Gesundheitsamtes Trier-Saarburg zur Stellungnahme und Information der Kreistagsmitglieder und der Bürger des Kreises Trier-Saarburg“ vom 10.03.2020.

Der **Kreistag** beschließt einstimmig den Antrag auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen. Er wird damit als neuer öffentlicher Tagesordnungspunkt 4 geführt.

Ferner gebe es zwei Beschlussvorlagen, die im Jugendhilfeausschuss zu beschließen wären, so der **Landrat**. Da die Sitzung für den morgigen Tag allerdings aus gegebenem Anlass nicht stattfindet, könne der Kreistag in heutiger Sitzung darüber beschließen.

Der **Kreistag** beschließt einstimmig die beiden Vorlagen auf die Tagesordnung zu nehmen. Sie werden als neue Tagesordnungspunkte 11 und 12 geführt.

Überdies trägt der **Landrat** eine weitere Erweiterung der Tagesordnung vor. Er verweist auf den Antrag der Die Linken Fraktion vom 16.03.2020 „Aufruf der Menschen in unserem Kreis zur Solidarität und Unterstützung von hilfsbedürftigen und älteren Menschen“.

Pressesprecher **Müller** informiert, dass die Verwaltung bereits kürzlich tätig geworden sei und Veröffentlichungen zu diesem Thema auf der Homepage des Landkreises vorgenommen habe.

Der **Kreistag** stimmt einstimmig gegen die Aufnahme dieses Antrags auf die heutige Tagesordnung.

Mit Verweis auf die Reduzierung der Tagesordnung zum Punkt 9 „Antrag Die Linke-Fraktion vom 05.02.2020 – Einladung eines Klimaschutzexperten“ erklärt der **Landrat**, dass dieser Tagesordnungspunkt bereits im Kreisausschuss beraten worden und von dort zum Umweltausschuss überwiesen worden sei.

Der **Kreistag** stimmt einstimmig der Reduzierung zu.

Zum Schluss informiert der **Landrat** die Anwesenden über das Eilentscheidungsrecht des Landrates gemäß § 42 LKO. Gegebenenfalls werde er dieses Recht, immer mit Zustimmung der Kreisbeigeordneten, in Anspruch nehmen müssen. Die Kreistagsmitglieder werden über die getroffenen Entscheidungen unverzüglich informiert.

Der **Kreistag** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

Es bestehen keine weiteren Änderungen, somit wird die Tagesordnung wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

2. **Mitteilungen des Landrates**
3. **Einwohnerfragestunde**
4. **Antrag Die Linke-Fraktion vom 10.03.20 "Einladung des Beauftragten für Corona- Virus- Krisenmanagement des Gesundheitsamtes Trier-Saarburg zur Stellungnahme und Information der Kreistagsmitglieder und der Bürger des Kreises Trier-Saarburg**
5. **K 138, OD Serrig, Auftragsvergabe und Mehrkosten; Vorlage: 0011/2020/5**
6. **Wahlen**
  - 6.1. **Neuwahl des Vergabeausschusses des Kreistages Trier-Saarburg  
Vorlage: 0066/2020**
  - 6.2. **Neuwahl des Rechnungsprüfungsausschusses des Kreistages Trier-Saarburg; Vorlage: 0067/2020**
  - 6.3. **Nachwahlen eines**
    - a) **stellvertretenden Mitgliedes für den Kreisausschuss**
    - b) **eines Mitgliedes in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Sparkasse Trier"; Vorlage: 0052/2020**

- 6.4. Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes für die Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Region Trier; Vorlage: 0065/2020**
- 6.5. Nachwahlen von stellvertretenden Mitgliedern des**
  - a) Ausschusses für den öffentlichen Personennahverkehr und**
  - b) des Ausschusses für Gleichstellung und Integration****Vorlage: 0085/2020**
- 6.6. Nachwahl eines**
  - a) Mitgliedes/stellvertretenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss sowie**
  - b) eines stellvertretenden Mitgliedes für den Ausschuss für Soziales und Gesundheit; Vorlage: 0086/2020**
- 7. Mitgliedschaft des Landkreises im "Weltkulturerbe Moseltal e.V.  
Vorlage: 0045/2020/1**
- 8. Bildung eines Mobilen Planungs- und Gestaltungsbeirates  
Vorlage: 0050/2020/1**
- 9. Ausschreibung ÖPNV-Leistungen Linienbündel Ruwertal-Hochwald  
Vorlage: 0064/2020/1**
- 10. Antrag Die Linke-Fraktion vom 02.03.20 "Solidaritätsbekundung mit den Flüchtlingen an der türkisch-griechischen Grenze und Aufnahme von Flüchtlingen im Kreis Trier-Saarburg**
- 11. Förderung von Baumaßnahmen im Bereich Kindertagesstätten**
- 12. Sozialpädagogische Beratung an Grundschulen im Landkreis Trier-Saarburg**
- 13. Integratives Schulprojekt Schweich – Sachstand; Vorlage: 0083/2020**
- 14. Informationen und Anfragen**

2. Mitteilungen des Landrates

**Protokoll:**

Der **Vorsitzende** verkündet die als Tischvorlage zur Verfügung gestellten Mitteilungen des Landrates. Darin aufgeführt sind die öffentlichen Beschlüsse der vergangenen beiden Sitzungen des Kreisausschusses.

Ferner informiert er, dass als neuer Vorsitzender des Beirates für Migration und Integration Kreistagsmitglied Karacam (Bündnis 90/ Die Grünen) gewählt worden sei. Er beglückwünscht den anwesenden Gewählten.

Es bestehen keine Fragen seitens des **Kreistages**. Sodann nimmt er die Informationen zur Kenntnis.

3. Einwohnerfragestunde

**Protokoll:**

Es liegen keine Anfragen seitens der Bevölkerung vor.

4. Antrag Die Linke-Fraktion vom 10.03.20 "Einladung des Beauftragten für Corona- Virus- Krisenmanagement des Gesundheitsamtes Trier-Saarburg zur Stellungnahme und Information der Kreistagsmitglieder und der Bürger des Kreises Trier-Saarburg

**Protokoll:**

Landrat **Schartz** verweist wegen der aktuellen Situation auf den Antrag der Die Linke Fraktion vom 10.03.2020. Er begrüßt den Leiter des Gesundheitsamtes Dr. Michels und bedankt sich herzlich für die bisher geleistete Arbeit in dieser schwierigen Situation.

Zu Beginn informiert der Leiter des Gesundheitsamtes **Dr. Michels**, dass in den Räumlichkeiten des Gesundheitsamtes vor zwei Wochen ein Lagezentrum eingerichtet worden sei. Insgesamt seien vom Gesundheitsamt rund 130 Abstriche zur Testung von Covid-19-Infektionen bei Personen entnommen worden. Allein am heutigen Morgen seien über 30 Abstriche durchgeführt worden. Besondere Brisanz gebe es, da unter den Untersuchten mehrere Ärzte gewesen seien, die aus einem österreichischen Skigebiet zurückgekehrt seien, das zum Risikogebiet ernannt worden sei. Sie haben Symptome gezeigt. Vom Gesundheitsamt werden Personen getestet, die aus Risikogebieten zurückkehren und Symptome zeigen. Diese Tests würden gebündelt beim Gesundheitsamt durchgeführt, um dadurch Kontakt der betroffenen Personen zu den Krankenhäusern zu vermeiden. Bisher gebe es zwei bestätigte Fälle bei Ärzten.

Zurzeit gebe es im Landkreis Trier-Saarburg 8 bestätigte Infektionen mit Stand heute Morgen. Die Stadt weise 7 bestätigte Fälle aus. Es sei eine Hot-

line für die Bevölkerung geschaltet. Es gebe dort eine massive Nachfrage. Vor allem am Wochenende rufen dort viele Menschen an. Es gebe sogar Anrufe aus Gebieten, für die das örtliche Gesundheitsamt nicht mehr zuständig sei, da nicht jedes Gesundheitsamt diese Leistung anbiete. Dies führe zu einer sehr starken Belastung der Mitarbeitenden des Gesundheitsamtes. Mit acht Personen werden die Anrufe entgegengenommen. Sie beginnen meist vor 8 Uhr und hören bis weit nach 20 Uhr nicht auf zu arbeiten. Bisher gebe es keinen Fall, der stationär behandelt werden musste. Mit dem Mutterkrankenhaus und dem Brüderkrankenhaus in Trier sei abgestimmt, dass nach dem Influenzapandemieplan das Elisabeth-Krankenhaus für schwere Infektionsfälle eingerichtet werde. Es werde aus der Regelversorgung herausgenommen und zum Infektionsschwerpunkt Krankenhaus mit einer Fieberambulanz ausgebaut. Zusätzlich sei mit dem Labor Synlab in Trier eine Möglichkeit gefunden worden, Abstriche einfacher von Personen zu entnehmen und eine größere Zahl von Tests auszuwerten. Nach einer Überweisung von niedergelassenen Ärzten konnten sich die besorgte Bevölkerung mobil einem Test unterziehen. Es habe eine sehr große Nachfrage gegeben. Dieses Labor könne am Tag rund 1.000 Tests und am Wochenende 500 Tests auswerten. Das Landesuntersuchungsamt in Koblenz, welches die Tests originär auswerte, könne täglich lediglich 100 Tests bearbeiten.

Mit jeder politisch getroffenen Entscheidung und damit verbundene Einschränkungen des öffentlichen Lebens wachse die Unsicherheit der Bevölkerung. Aus diesem Grund steige die Anrufrequenz beim Gesundheitsamt Trier-Saarburg stetig.

Der **Vorsitzende** ergänzt, dass in der Kreisverwaltung inzwischen der Verwaltungsstab einberufen worden sei. In den Stab seien Personen berufen, die zentrale Schnittpunkte innerhalb der Verwaltung darstellen. Es gehe dabei um die Aufrechterhaltung des inneren Dienstbetriebes. Als Beispiele führt er die Öffnungszeiten der Kreisverwaltung, die Dienstfähigkeit der EDV sowie die Kreiskasse als zentrale Bereiche auf.

Er kritisiere die kassenärztliche Vereinigung, da ihre Rufnummer 116117 nicht wie gewünscht funktioniere. In einer Telefonkonferenz mit dem Innen-, Sozial- und Bildungsministerium sei dieses Thema angesprochen worden. Dies sei offensichtlich flächendeckend der Fall.

Materialbeschaffungen werden zentral vom Bund organisiert. Sie werden an die Bundesländer delegiert, um die Gesundheitsämter vor Ort zu unterstützen. Beispielsweise werden 10.000 Beatmungsgeräte seitens des Bundes angeschafft.

In einem Brief habe der **Landrat** den rheinland-pfälzischen Innenminister gebeten die Kreishaushalte zu genehmigen, um handlungsfähig zu bleiben. Augenscheinlich sei der Kreishaushalt des Landkreises Trier-Saarburg am heutigen Tage auf den Weg gebracht worden. Vorläufige Haushaltsführung sei in der aktuellen Situation nicht wünschenswert. Die Umlagediskussionen müssen vorübergehend beendet werden.

Derzeit gelte für den Landkreis Trier-Saarburg nicht der Katastrophenschutzfall. Voraussichtlich müsse er nicht ausgerufen werden. Wenn ein solcher Fall ausgerufen werde, werde das Land zuständig für Angelegenheiten der Kommunen. Festzuhalten sei, dass es zurzeit keine Lage des Landesgesetzes über den Brandschutz, die allgemeinen Hilfe und den Katastrophenschutz

(LBKG), sondern vielmehr eine Lage gemäß dem Rettungsdienstgesetz (RettdG) gebe. Hintergrund sei die langfristige Planung, die vorsehe, die freiwilligen Feuerwehren solange es möglich sei, nicht zu belasten. Dies geschehe in Übereinstimmung mit dem rheinland-pfälzischen Innenministerium.

Die Allgemeinen Verfügungen werden durch die Kreise erlassen. Landesweit gültige Verfügungen müssten auch von der Landesregierung erlassen werden können. Dies stelle ein Defizit im System dar.

Im weiteren Verlauf führt er kurz aus, wie der rechtliche Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern im Allgemeinen sei, die aus verschiedenen Gründen 14 Tage zuhause in Quarantäne bleiben sollen. Er wolle niemanden finanziell benachteiligen. Im Kreisvorstand sei in heutiger Sitzung abgestimmt worden, dass der Dienstbetrieb der Kreisverwaltung aufrechterhalten werden solle. Dazu bedarf es der Homeoffice-Arbeit. Bis zu 200 Personen können diese Möglichkeit in Anspruch nehmen.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) merkt an, dass die Verwaltung durch die Eilentscheidungen des Landrates handlungsfähig bleibe. Zu prüfen bleibe, ob im absoluten Ausnahmefall der Kreisausschuss als Gremium tagen und beschließen könne. Dort gebe es pro Mandat jeweils zwei Stellvertreter, so dass er im Vertretungsfall handlungsfähig wäre.

Er sei schockiert, dass das Landesuntersuchungsamt in Koblenz lediglich 130 Tests am Tag durchführen könne. In den Medien werde täglich kolportiert, dass die Bundesrepublik Deutschland gut vorbereitet sei. Diese Tatsache spreche dagegen. Erfreulich sei die Kapazität von 1.000 Testungen am Tag des Labors Synlab in Trier. Die jetzigen Kapazitäten reichen nicht aus, wenn die Zahl der Infektionen weiter steige.

Abteilungsleiter **Dr. Michels** stellt das Problem vor, dass es Arbeitgeber gebe, die den Mitarbeitenden ohne Symptome vorschreiben, einen Test durchzuführen, wenn sie aus einem Risikogebiet zurückkommen. Damit seien die niedergelassenen Ärzte konfrontiert und belastet. Patienten, bei denen Tests dringend erforderlich seien, würden durch diese Vorgehensweise blockiert. Voraussetzungen für Tests seien demnach, dass Personen aus einem Risikogebiet zurückkehren und respiratorische Symptome innerhalb von 14 Tagen aufweisen sowie wissentlich einen längerfristigen Kontakt zu einem bestätigten Fall hatten, der ebenfalls respiratorische Symptome entwickle. Die Bandbreite der sogenannten Inkubationszeit zwischen Ansteckung und Ausbruch erster Krankheitssymptome betrage maximal 14 Tage. Aus diesem Grund habe das Robert-Koch-Institut die Empfehlung gegeben, dass Menschen die aus Risikogebieten zurückkehren zwei Wochen zuhause bleiben sollen. Rechtlich problematisch sei die Angabe des Instituts zur freiwilligen häuslichen Isolation. In diesen Fällen fertige das Gesundheitsamt eine Absonderungsverfügung nach dem Infektionsschutzgesetz an, damit die betroffenen Personen in ihrem häuslichen Umfeld bleiben. Demnach besitzen sie nach § 48 des Infektionsschutzgesetzes rechtlichen Anspruch auf eine Entschädigung des Landes. Über das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung werde dieses Verfahren abgewickelt. Im Folgenden erörtert er kurz den rechtlichen Hintergrund, insbesondere bezüglich des § 616 BGB und des TVöD.

Zur Laborkapazität könne er sagen, dass es sich um eine sehr aufwändige

Untersuchung handle. Die Geräte zur Untersuchung seien sehr anschaffungsintensiv, sodass das Landesuntersuchungsamt vermutlich nur wenige davon besitze. Dieses Amt sei dennoch zur zügigen Auswertung der Tests sehr bemüht.

Im weiteren Verlauf schildert Abteilungsleiter **Dr. Michels**, dass es eine Anfrage an das rheinland-pfälzisches Gesundheitsministerium hinsichtlich einer WHO-Empfehlung zur Herstellung von Desinfektionsmittel für Drittländer gestellt worden sei. Inzwischen gebe es eine allgemeine Genehmigung auf Bundesebene, da diese Empfehlung dorthin weitergeleitet worden sei. Ferner habe die BASF in Ludwigshafen kürzlich die Betriebserlaubnis zur Herstellung von Desinfektionsmitteln erhalten.

Kreistagsmitgliedes **Roßmann** (SPD) bittet den Landrat, Gespräche mit den Banken aufgrund der Schließung der örtlichen Filialen und der notwendigen Versorgung von Bargeld zu führen.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) erkundigt sich nach der Durchführung von Gremiensitzungen in nächster Zeit. Die Verwaltung solle prüfen, ob Telefonkonferenzen oder andere Formen von Sitzungen und Zusammenkünften möglich seien.

Der **Landrat** bittet um Verständnis, dass die Hauptsatzung des Landkreises Trier-Saarburg eine solche Vorgehensweise nicht vorsehe. Er wolle die Beschlüsse nach rechtlichen Vorgaben vollziehen. Ein Telefonat mit dem rheinland-pfälzischen Innenminister habe ergeben, dass die Landkreisordnung als Rechtsgrundlage einen möglichen Entscheidungsspielraum gebe. Die aktuelle Lage sei ein klassischer Fall gemäß § 42 LKO Eilentscheidungen durch den Landrat mit Zustimmung des Kreisvorstandes und unter Mitteilung des zuständigen Gremiums. Falls die Restriktionen des Bundes bzw. der Länder weiter zunehmen, könne selbst der Kreisausschuss nicht mehr tagen. Er setze im Zweifel auf telefonische Rücksprachen mit den Fraktionsvorsitzenden.

Auf Nachfrage des Kreistagsmitgliedes **Kiefer** (AfD) hinsichtlich der Zuverlässigkeit von Tests gibt Abteilungsleiter **Dr. Michels** an, dass es abhängig sei, in welcher Phase der Infektion die Tests durchgeführt werden. Das Gesundheitsamt Trier-Saarburg führe immer einen kombinierten Test, bestehend aus einem Nasenabstrich und dem Hustenauswurf, durch.

Der Fraktionsvorsitzende **Daleiden** (FWG) fragt nach, ob im Bedarfsfall ehemalige Ärzte reaktiviert werden können. Abteilungsleiter **Dr. Michels** erklärt, dass das Gesundheitsamt unter Umständen eine Möglichkeit gefunden habe, um beispielsweise den Amtsarzt zu entlasten. Allerdings sehe er Probleme bei der Reaktivierung, da diese Personen zu der Risikogruppe in einem Ansteckungsfall gehören. Wenn ein Impfstoff gefunden werde, gebe es einen vorgeschriebenen Ablaufplan, welche Personengruppen an welcher Stelle geimpft werden sollen. In diesem Bereich können ebenfalls ehemalige Ärzte aushelfen.

Die Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke) erfragt die Anzahl der Intensivbetten, der Beatmungsgeräte, den Umgang mit der Versorgung von Leuten in

Quarantäne sowie die Zusammensetzung des Krisenstabes der Verwaltung. Abteilungsleiter **Dr. Michels** informiert, dass es in der Region 80 Beatmungsgeräte gebe. Intensivbetten gebe es in ausreichender Zahl im Elisabeth-Krankenhaus, dass zum Infektionskrankenhaus umorganisiert werde. Im Gesundheitsamt sei ein Lagezentrum eingerichtet worden. Die Versorgung der Patienten sei zunächst durch Verwandte und Freunde gewährleistet. Andernfalls können es Hilfsorganisationen übernehmen.

Ein ausdrückliches Lob spricht der **Vorsitzende** an das Gesundheitsamt Trier-Saarburg für die zu leistende Arbeit aus. Der Landkreis sei glücklicherweise in der Lage, dank der besetzten Stellen, gut auf eintretende Situationen zu reagieren.

Kreistagsmitglied **Wirtz** (Bündnis 90/ Die Grünen) bemängelt die Auskünfte des Gesundheitsamtes. Er wisse von einem Verdachtsfall, der bei mehreren Anrufen verschiedene Auskünfte erhalten habe. Abteilungsleiter **Dr. Michels** erläutert kurz den Unterschied zwischen primär und sekundär verdächtigen Personen.

Über die Vorgehensweise bei den Schließungen von Geschäften und dergleichen erkundigt sich Kreistagsmitglied **Weber** (SPD). Der **Landrat** erörtert, dass entweder vom Land oder vom Landkreis eine Allgemeine Verfügung ergehe, in der die Vorgehensweise detaillierter abgebildet sei. Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel** fügt hinzu, dass in der Regel vom Land vorgegebene Maßnahmen durch eine Muster-Allgemeinverfügung vom Landkreis verpflichtend umzusetzen seien. Formal in Kraft trete diese Verfügung erst nach der Veröffentlichung.

Es bestehen keine Fragen seitens des **Kreistages**. Er nimmt die Informationen sodann zur Kenntnis.

5. **K 138, OD Serrig, Auftragsvergabe und Mehrkosten;**  
**Vorlage: 0011/2020/5**

**Protokoll:**

Landrat **Schartz** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreistages** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreistag stimmt einer Vergabe der Arbeiten für den Ausbau der K 138, OD Serrig, an den preisgünstigsten Anbieter zu.

Der Gesamtbauauftrag soll an die Bietergemeinschaft Elenz-Clemens in Höhe des Gesamtkreisanteils = 1.475.130,24 € (Angebotssumme in Höhe von 2.460.920,00 €) vergeben werden. Von diesem Kreisanteil sind 963.114,52 € zuschussfähig und 512.015,72 € nicht zuschussfähig.

Der Kreistag ermächtigt den Landesbetrieb Mobilität Trier (LBM) darüber hinaus, den Auftrag für Grunderwerb und Vermessung bis zu einer Höhe von ca. 55.000,- €, sowie für die Ausstattung (Markierung, Beschilderung) und Bepflanzung des Streckenabschnitts in Höhe von ca. 5.000,- € vergeben zu dürfen.

Die Auftragsvergabe kann trotz der bestehenden Interimswirtschaft erfolgen, da im Finanzhaushalt 2019 bereits ein Haushaltsansatz für die Maßnahme enthalten war, so dass die dahingehende Investitionstätigkeit entsprechend § 57 LKO i. V. m. § 99 Abs. 1 Nr. 1 GemO fortgesetzt werden kann.

Der zuschussfähige Kreisanteil der Baumaßnahme in Höhe von 963.114,52 €, sowie der Großteil der sonstigen mit der Baumaßnahme zusammenhängenden Kosten in Höhe von 60.000,- € (Grunderwerb und Vermessung: 55.000,- €, Ausstattung und Bepflanzung: 5.000,- €) werden vom Land voraussichtlich mit einer Förderquote von 76 % bezuschusst. Ein entsprechender Bewilligungsbescheid des Landes mit einem zuwendungsfähigen Kostenanteil von bis zu 474.000,- € liegt hier vor. Ein Aufstockungsantrag im Hinblick auf die nun zu erwartenden Mehrkosten wird aktuell beim LBM vorbereitet.

Der nichtzuschussfähige Kreisanteil in Höhe von 512.015,72 € ist in vollem Umfang vom Landkreis zu finanzieren.

Wie mit der Ortsgemeinde Serrig bereits im Jahr 2017 vereinbart geht die nun auszubauende Teilstrecke der K 138 mit Ablauf des Jahres nach Fertigstellung der Baumaßnahme als Gemeindestraße in die Straßenbaulastträgerschaft der Ortsgemeinde Serrig über.

Zusätzlich stimmt der Kreistag den absehbaren Mehrkosten für den Ausbau der K 138, OD Serrig, sowie der daraus resultierenden Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel in Höhe von 636.000,- € gemäß dem im Sachverhalt dargestellten Finanzierungsvorschlag zu.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

## **6. Wahlen**

### **6.1. Neuwahl des Vergabeausschusses des Kreistages Trier-Saarburg Vorlage: 0066/2020**

#### **Protokoll:**

Der **Vorsitzende** schlägt vor, in gemeinsamer und offener Abstimmung über die nachstehenden Wahlen der gesamten Kreistagssitzung zu entscheiden, soweit keine geheime Wahl auf Wunsch des Kreistages durchgeführt werden solle.

Der **Kreistag** stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Der **Landrat** verweist auf den vorliegenden gemeinsamen Wahlvorschlag. Es werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der gemeinsame Wahlvorschlag wird einstimmig bei einer Enthaltung angenommen. Demnach sind gewählt:

CDU-Fraktion

Mitglied

Bernhard Henter (MdL)

Alfons Peter Rodens

Martin Alten

Mario Lübbers

Stellvertreter

Paul Neumann

Ludwin Ollinger

Sascha Kohlmann

Willi Arnoldy

SPD-Fraktion

Mitglied

Achim Schmitt

Helmut Schneiders

Stellvertreter

Uwe Roßmann

Wolfgang Düpre

Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion

Mitglied

Marianne Rummel

Alfred Wirtz

Stellvertreter

Paul Port

Boris Bulitta

FWG-Fraktion

Mitglied

Bruno Porten

Dieter Klever

Stellvertreter

Matthias Daleiden

Uwe Veit

AfD-Fraktion

Mitglied

Christian Kiefer

Stellvertreter

Christiane Junk-Kornbrust

Die **Anwesenden** nehmen ihre Wahl an.

**6.2. Neuwahl des Rechnungsprüfungsausschusses des Kreistages Trier-Saarburg; Vorlage: 0067/2020**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf den vorliegenden gemeinsamen Wahlvorschlag. Es werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der gemeinsame Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach sind gewählt:

CDU-Fraktion

Mitglied

Bernhard Henter (MdL)

Markus Franzen

Lars Rieger

Paul Neumann

Stellvertreter

Wolfgang Benter

Sascha Kohlmann

Markus Thul

Lutwin Ollinger

SPD-Fraktion  
Mitglied  
Uwe Roßmann  
Achim Schmitt

Stellvertreter  
Iris Hess  
Dirk Bootz

Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion  
Mitglied  
Heike Gleißner  
Jürgen Beiler

Stellvertreter  
Elke Winnikes  
Dr. Karl-Georg Schroll

FWG-Fraktion  
Mitglied  
Sebastian Rony  
Norbert Friedrich

Stellvertreter  
Werner Gouverneur  
Dr. Detlef Müller-Greis

FDP-Fraktion  
Mitglied  
Gerd Benz Müller

Stellvertreter  
Claus Piedmont

Die **Anwesenden** nehmen ihre Wahl an.

**6.3. Nachwahlen eines**  
**a) stellvertretenden Mitgliedes für den Kreisausschuss**  
**b) eines Mitgliedes in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes**  
**"Sparkasse Trier"; Vorlage: 0052/2020**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf den vorliegenden Wahlvorschlag der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion. Es werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach sind für den Kreisausschuss gewählt:

Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion  
Mitglied  
Paul Port

Stellvertreter A  
Boris Bulitta

Stellvertreter B  
Martina Wehrheim

Für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Sparkasse Trier ist einstimmig gewählt:

Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion  
Marianne Rummel

Die **Anwesenden** nehmen ihre Wahl an.

**6.4. Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes für die Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Region Trier; Vorlage: 0065/2020**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf den vorliegenden Wahlvorschlag der FWG-Kreistagsfraktion. Es werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der Wahlvorschlag, der gemäß dem Beschluss des Verbandsgemeinderates der Verbandsgemeinde Trier Land vom 05.02.2020 ist, wird einstimmig angenommen. Demnach ist für die Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Region Trier gewählt:

FWG-Fraktion  
Stellvertreter von Michael Holstein  
Gerhard Schwarz

**6.5. Nachwahlen von stellvertretenden Mitgliedern des  
a) Ausschusses für den öffentlichen Personennahverkehr und  
b) des Ausschusses für Gleichstellung und Integration  
Vorlage: 0085/2020**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf den vorliegenden Wahlvorschlag der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion. Es werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach ist für den Ausschuss für den öffentlichen Personennahverkehr gewählt:

Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion  
Stellvertreter  
Claudia Becker von Dr. Karl-Georg Schroll  
Barbara Ulm da Silva Ferreira von Martina Wehrheim

Der **Landrat** verweist auf den vorliegenden Wahlvorschlag der Die Linke-Kreistagsfraktion. Es werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach ist für den Ausschuss für Gleichstellung und gesellschaftliche Integration gewählt:

Die Linke-Fraktion  
Stellvertreter  
Ronald Schmitt von Dr. Kathrin Meß

**6.6. Nachwahl eines  
a) Mitgliedes/stellvertretenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss  
sowie  
b) eines stellvertretenden Mitgliedes für den Ausschuss für Soziales und  
Gesundheit; Vorlage: 0086/2020**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf den vorliegenden Wahlvorschlag der Die Linke-Kreistagsfraktion. Es werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach ist für den Jugendhilfeausschuss gewählt:

Die Linke-Fraktion

Mitglied	Stellvertreter
Daniel Reinert	Hans-Eckhard Genz

Der **Landrat** verweist auf den vorliegenden Wahlvorschlag der Die Linke-Kreistagsfraktion. Es werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach ist für den Ausschuss für Soziales und Gesundheit gewählt:

Die Linke-Fraktion

Stellvertreter
Ronald Schmitt von Christine Schmitt

**7. Mitgliedschaft des Landkreises im "Weltkulturerbe Moseltal e.V.  
Vorlage: 0045/2020/1**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Da seitens des **Kreistages** keine Fragen bestehen, fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreistag stimmt der Mitgliedschaft des Landkreises Trier-Saarburg in dem Weltkulturerbe Moseltal e.V. mit einem Beitrag in Höhe von derzeit 1.000 €/Jahr zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

8. **Bildung eines Mobilen Planungs- und Gestaltungsbeirates**  
**Vorlage: 0050/2020/1**

**Protokoll:**

Landrat **Schartz** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreistages** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt auf Empfehlung des Kreisausschusses, die Geschäftsordnung für den Architektenbeirat des Landkreises Trier-Saarburg vom 22.09.1997 aufzuheben und gleichzeitig die Installation eines Mobilen Planungs- und Gestaltungsbeirates für den Landkreis Trier-Saarburg.

Der Kreistag beschließt auf Empfehlung des Kreisausschusses außerdem, die Geschäftsordnung zur Errichtung eines Mobilen Planungs- und Gestaltungsbeirates zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

9. **Ausschreibung ÖPNV-Leistungen Linienbündel Ruwertal-Hochwald**  
**Vorlage: 0064/2020/1**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Er weist auf den Vorbehalt zum Ausschuss für den öffentlichen Personennahverkehr hin.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) gibt bekannt, dass die SPD-Fraktion in diesem Punkt gegen eine mögliche Eilentscheidung des Landrates sei, da die öffentliche Ausschreibung in dem Ausschuss für den öffentlichen Personennahverkehr beraten und beschlossen werden müsse. Es handle sich hierbei um eine in der Summe zu große Vergabeentscheidung, als dass der Landrat eine Eilentscheidung dazu treffen könne.

Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel** betont, dass die tarifvertraglichen Einigungen in dieser Branche möglicherweise vor einem größeren Umbruch stehen. Darauf müsse der Landkreis bei Bedarf trotz gewisser zukünftiger Unsicherheiten reagieren. Von dem im Vergabeverfahren beteiligten SPNV-Nord werde keine Notwendigkeit gesehen, ein neues Preisberechnungsmodell wie im Beispiel Hessen einzuführen. Die Verwaltung werde mit dem Beschluss zur Vorbereitung der Vergabe beauftragt. Ohne Rückendeckung durch den SPNV-Nord und des rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministeriums werde eine Umsetzung der Vergabe schwierig.

Die Bedenken der SPD-Fraktion seien nicht ganz unbegründet, so der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU). Die aktuelle Entwicklung der Lage sei nicht absehbar, sodass unter Umständen in einem Monat ein beschlussfähiges

Kreisgremium tagen und beschließen könnte. Die Fortführung der bestehenden Verkehrslinie Konz-Trier werde von vielen Bürgerinnen und Bürgern sowie Fachleuten gefordert. Der Oberbürgermeister der Stadt Trier sehe diesen Punkt positiv. Er bevorzuge eine Entscheidung in einem Gremium, statt einer Eilentscheidung.

Um die Diskussion abzukürzen, bekräftigt Landrat **Schartz**, dass der Kreistag über die Durchführung der Sitzungen in nächster Zeit entscheide. Es gebe kein Gremiensitzungsverbot. Die Sitzung des Jugendhilfeausschusses finde aufgrund seiner Größe nicht statt.

Pressesprecher **Müller** verdeutlicht ausdrücklich, dass eine Fortführung der Gremienarbeit im Landkreis in der aktuellen Situation gegenüber der Bevölkerung nicht zu vertreten sei. Alle sonstigen Gremien in der Region finden derzeit nicht statt. Falls doch eine Sitzung stattfinde, müsse mit einer enormen öffentlichen Debatte gerechnet werden.

Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel** erörtert, dass der Kreistag dieses Verfahren nicht für sich alleine entscheiden könne. Der SPNV-Nord sei mit einem erheblichen Anteil beteiligt. Das Land habe kein Interesse an einem Entgegenkommen bezüglich des sogenannten Hessen-Modells gezeigt. Falls die Vergabe verschoben werde, sei dies nicht im Sinne des Landkreises, da den Unternehmen mehr Zeit zur Vorbereitung gegeben werden solle.

Der Fraktionsvorsitzende **Daleiden** (FWG) plädiert für eine Sitzung des Ausschusses für den öffentlichen Personennahverkehr. Er solle nächste Woche ausnahmsweise tagen.

Der **Vorsitzende** knüpft die Bedingung an die Sitzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Region Trier (VRT). Falls diese Sitzung stattfinde, könne der Ausschuss für den öffentlichen Personennahverkehr ebenso tagen.

Da seitens des **Kreistages** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgende Beschlüsse.

#### **Beschluss:**

Der Kreistag stimmt, vorbehaltlich der Zustimmung des ÖPNV-Ausschusses:

- 1) Der Ausschreibung von Verkehrsleistungen entsprechend der Vorabbekanntmachung für das Linienbündel Ruwertal-Hochwald durch den ZV VRT,
- 2) einer Verkürzung des Zeitraums zwischen Vorabbekanntmachung und Veröffentlichung der europaweiten Ausschreibung des Linienbündels Ruwertal-Hochwald und
- 3) einer Aufteilung des Linienbündels in zwei Lose zu.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt, dass die Sitzung des Ausschusses für den öffentlichen Personennahverkehr wie geplant am 24.03.2020 stattfindet.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

10. **Antrag Die Linke-Fraktion vom 02.03.20 "Solidaritätsbekundung mit den Flüchtlingen an der türkisch-griechischen Grenze und Aufnahme von Flüchtlingen im Kreis Trier-Saarburg"**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf den Antrag der Die Linke- Fraktion vom 02.03.20. Er habe demgegenüber Bedenken inwieweit dies eine Angelegenheit der kommunalen Gremienarbeit sei. Er könne den Mitgliedern des Kreistages nicht empfehlen dem Beschlussvorschlag des Antrages zuzustimmen, da der Bund im Rahmen seiner außenpolitischen Zuständigkeit diese Thematik zu klären habe. Der Landkreis Trier-Saarburg habe in der Vergangenheit durch die Aufnahme von Flüchtlingen bereits gezeigt, dass er bereit sei, Verantwortung zu übernehmen. Er beantrage den vorliegenden Antrag der Die Linke-Fraktion abzulehnen.

Die Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke) verdeutlicht, dass es der Die Linke-Fraktion vielmehr um ein Bekenntnis zur Aufnahme von Flüchtlingen gehe. In der Bundesrepublik hätten sich bereits mehrere Kommunen angeschlossen.

Das Kreistagsmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) plädiert ebenfalls für eine Erneuerung des Bekenntnisses, um Menschlichkeit zu zeigen.

Dem Landrat zustimmen könne die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD). Der Landkreis habe in der Vergangenheit seinen guten Willen bei der Aufnahme von Menschen gezeigt. Die Bundesregierung sei an gemeinsamen, vernünftigen und dauerhaften Lösungsansätzen interessiert. Bei diesem Antrag gehe es eher um mediale Aufmerksamkeit von bestimmten Fraktionen im Kreistag.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) schließt sich seiner Vorrednerin an. Außenpolitik sei die Aufgabe des Bundes. Falls Kontingente zur Aufnahme von Menschen auf den Landkreis Trier-Saarburg entfallen, werden diese übernommen. Es gebe eine Aufgabenteilung in der Bundesrepublik als Rechtsstaat. Aus diesem Grunde werde die CDU-Fraktion den Antrag ablehnen.

Alle in diesem Gremium seien sich über die sich zuspitzenden Lage an der türkisch-griechischen Grenze bewusst, so der Fraktionsvorsitzende **Daleiden** (FWG). Die FWG-Fraktion sehe keine Veranlassung dem Antrag zuzustimmen.

men.

Da keine Fragen seitens des **Kreistages** bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt den Antrag der Die Linke-Fraktion vom 02.03.2020 „Solidaritätsbekundung mit den Flüchtlingen an der türkisch-griechischen Grenze und Aufnahme von Flüchtlingen im Kreis Trier-Saarburg“ abzulehnen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen bei 29 Ja-Stimmen und 8 Gegenstimmen.

**11. Förderung von Baumaßnahmen im Bereich Kindertagesstätten**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung, die dem Kreistag als Tischvorlage vorliegt. Der morgige Jugendhilfeausschuss finde nicht statt. Die Punkte in der Sachdarstellung der Vorlage werden einzeln aufgerufen und abgestimmt

Geschäftsbereichsleiter **Christmann** weist darauf hin, dass Herr **Roßmann** (SPD) und Frau **Weber** (SPD) in den ihre Ortsgemeinde betreffenden Angelegenheiten befangen seien.

Der **Landrat** verweist auf die einzelnen Punkte in der Sachdarstellung der Vorlage. Mit Zustimmung des **Kreistages**, stellt er die Punkte zur Abstimmung.

Bei den Punkten, die die Ortsgemeinde Reinsfeld sowie die Stadt Hermeskeil betreffen, begeben sich die Kreistagsmitglieder **Roßmann** (SPD) und **Weber** (SPD) gemäß § 16 LKO in den Zuschauerraum.

Da seitens des **Kreistages** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt, für die in der Sachdarstellung der Vorlage dargestellten Kita-Baumaßnahmen Zuschüsse in der jeweils vorgeschlagenen Höhe zu gewähren. Ferner erkennt der Kreistag den Bedarf für je eine weitere Gruppe in den Kitas Gusenburg, Kasel und Kordel sowie für zwei zusätzliche Gruppen in Reinsfeld an und ermächtigt die Verwaltung, bei den entsprechenden Bauvorhaben im Bedarfsfall dem vorzeitigen Maßnahmenbeginn zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

12. **Sozialpädagogische Beratung an Grundschulen im Landkreis Trier-Saarburg**

**Protokoll:**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Da seitens des **Kreistages** keine Frage bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Auf Empfehlung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung beschließt der Kreistag sechs Fachstellen für die sozialpädagogische Beratung an Grundschulen im Landkreis Trier-Saarburg in Jahren 2020-2023 jährlich zu fördern (2020:118.500 €; 2021: 240.000 €, 2022: 243.000 €, 2023: 247.000 €). Damit einhergehend beschließt der Kreistag die Aufstockung der Stelle der Fachkoordination Soziale Arbeit an Schulen von 0,5 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) auf 1,0 VZÄ ab dem Jahr 2020, wodurch jährliche Mehrkosten in Höhe von rund 33.000,00 Euro entstehen. 2023 wird die Einführung der sozialpädagogischen Beratung an Grundschulen im Landkreis Trier-Saarburg evaluiert und eine Entscheidung über eine Fortführung ab 2024 getroffen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

13. **Integratives Schulprojekt Schweich - Sachstand**  
**Vorlage: 0083/2020**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Da seitens des **Kreistages** keine Fragen bestehen, nimmt er die Informationen zur Kenntnis.

14. **Informationen und Anfragen**

**Protokoll:**

Es liegen weder Informationen noch Anfragen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmenden.

Der Vorsitzende:

Der Protokollführer:

(Günther Schartz)  
Landrat

(Andreas Reichert)